

Stand: 02.07.2025 08:19:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/19377

"Wirtschaft, Finanzen und Euro Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische
Steuerung 19.10.2021 - 31.12.2021"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/19377 vom 30.11.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/19932 des HA vom 01.02.2022
3. Beschluss des Plenums 18/19960 vom 02.02.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 103 vom 02.02.2022



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Wirtschaft, Finanzen und Euro

Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung

19.10.2021 - 31.12.2021

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 48. Sitzung am 30. November 2021 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Konsultation](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Seit seiner Einführung in den frühen 90er Jahren hat der EU-Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung den Mitgliedstaaten den Weg zur Erreichung ihrer wirtschafts- und haushaltspolitischen Ziele, zur Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitik, zur Bewältigung makroökonomischer Ungleichgewichte und zur Gewährleistung solider öffentlicher Finanzen gewiesen. Im Laufe der Zeit hat der EU-Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung einige Änderungen erfahren, um auf neue wirtschaftliche Herausforderungen zu reagieren.

Am 10. Oktober 2021 hat die Europäische Kommission eine [Mitteilung](#) angenommen, in der eine Bestandsaufnahme der veränderten Rahmenbedingungen für die wirtschaftspolitische Steuerung nach der COVID-19-Krise vorgenommen wird und mit der die öffentliche Debatte über die Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung neu belebt werden soll. Die Kommission fordert alle wesentlichen Interessenträger auf, sich an der öffentlichen Debatte zu beteiligen, um einen Konsens über die Zukunft des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung zu erzielen. Nach Abwägung aller geäußerten Ansichten wird die Kommission im ersten Quartal 2022 die Leitlinien für die Fiskal- und Haushaltspolitik vorlegen, um die Koordinierung der fiskalpolitischen Maßnahmen und die Ausarbeitung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten zu erleichtern.

Angesichts anhaltender Herausforderungen für die bayerische Wirtschaft seit Ausbruch der Corona-Pandemie und der aktuellen Inflationsentwicklung in Deutschland

liegt eine Koordinierung von Maßnahmen auf EU-Ebene für eine stabile und nachhaltige EU-Finanzpolitik sowie eine solide Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten im Interesse des Freistaats Bayern.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**
Drs. 18/19377

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Wirtschaft, Finanzen und Euro
Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung
19.10.2021 - 31.12.2021

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellungnahme abzugeben:

Am 19. Oktober 2021 hat die Europäische Kommission die Diskussion über die Reform der EU-Fiskalregeln wieder aufgenommen und eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung gestartet. Bayern setzt sich seit jeher für einen starken Euro in einer stabilen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ein und beteiligt sich deshalb gerne an der von der Kommission angestoßenen Debatte.

Die Währungsunion kann langfristig nur dann funktionieren, wenn einerseits alle Mitglieder – auch im Sinne gegenseitiger Solidarität – eine verantwortungsvolle Finanz- und Wirtschaftspolitik betreiben und andererseits die EZB mit ihrer Geldpolitik die Preisstabilität gewährleistet.

In den letzten zehn Jahren wurde die Stabilität der WWU jedoch nicht in erster Linie durch eine solide Fiskalpolitik, sondern ganz wesentlich durch die expansive Geldpolitik der EZB, durch Umschuldungen auf öffentliche Gläubiger wie den ESM und zunehmende Transferzahlungen erkaufte. Diese Maßnahmen sind weder nachhaltig noch fördern sie den Zusammenhalt der Mitglieder der WWU. Stattdessen werden durch sie letztlich die Fliehkräfte verstärkt, die den Zusammenhalt der EU gefährden und dem europäischen Projekt großen Schaden zufügen.

Die Bekämpfung der Pandemie hat dazu geführt, dass die bereits zuvor sehr hohe öffentliche Verschuldung im Euroraum auf rund 100 Prozent der Wirtschaftsleistung angestiegen ist. Eine Reduzierung der Defizite und Schuldenlasten ist daher dringend erforderlich, damit keine Zweifel an der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in der WWU entstehen. Zwar sollte nicht gegen die Krise angespart werden, denn eine solche Politik würde den Aufschwung gefährden. Es war richtig, in der Pandemie entschlossen und solidarisch zu handeln. Die Fortsetzung eines finanzpolitischen laissez faire auch nach dieser akuten Notsituation führt aber unweigerlich in die nächste Krise.

Die Überarbeitung des wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens sollte sich daher darauf konzentrieren, das komplizierte Regelwerk zu vereinfachen und seine Durchsetzung zu stärken. Dabei muss Verantwortung klar verteilt bleiben und der Weg für eine Rückkehr zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien geebnet werden.

Eine Aufweichung der europäischen Fiskalregeln ist dagegen nicht der richtige Weg.

Ohne Zweifel scheint das Ziel einer Gesamtverschuldung unter 60 Prozent der Wirtschaftsleistung für manche Mitgliedstaaten im Zuge der Pandemie in weite Ferne gerückt. Das heißt aber nicht, dass es von vornherein unerreichbar ist. Von Überlegungen, die einst vereinbarten Anforderungen an eine solide Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten nachträglich „passend“ zu machen, sollte dringend Abstand genommen werden.

Auch sollte nicht vergessen werden: Es gibt keine „guten“ und „schlechten“ Schulden. Auch Schulden, die für Investitionen in Klimaschutz oder Digitalisierung aufgenommen werden, müssen irgendwann durch neue Kredite abgelöst bzw. endgültig getilgt werden. Dabei ist keinesfalls garantiert, dass die Zinsen auch in der langen Frist so niedrig bleiben wie heute. Auch die Finanzpolitik sollte den Prinzipien der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit genügen.

Wenn die oben skizzierten Grundsätze bei der Reform der EU-Fiskalregeln berücksichtigt werden, wird die WWU auf Dauer stabil bleiben und für die Menschen in der EU ein Erfolg sein.

Berichterstatlerin: **Gabi Schmidt**
Mitberichterstatler: **Tim Pargent**

II. Bericht:

1. Die EU-Konsultation gemäß § 83d BayLTGeschO wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat die EU-Konsultation gemäß § 83d BayLTGeschO endberaten.
2. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat das Konsultationsverfahren in seiner 117. Sitzung am 09.12.2021 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: kein Votum
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Zustimmungbeschlossen, die Federführung zu übernehmen (§83d Abs. 2 BayLTGeschO)
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat das Konsultationsverfahren in seiner 118. Sitzung am 26. Januar 2022 federführend beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: kein Votumzu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Verfahren in seiner 49. Sitzung am 1. Februar 2022 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: Enthaltungempfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss

des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Drs. 18/19377, 18/19932

Wirtschaft, Finanzen und Euro

Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung

19.10.2021 - 31.12.2021

Drs. 18/19377, 18/19932

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellungnahme abzugeben:

Am 19. Oktober 2021 hat die Europäische Kommission die Diskussion über die Reform der EU-Fiskalregeln wieder aufgenommen und eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung gestartet. Bayern setzt sich seit jeher für einen starken Euro in einer stabilen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ein und beteiligt sich deshalb gerne an der von der Kommission angestoßenen Debatte.

Die Währungsunion kann langfristig nur dann funktionieren, wenn einerseits alle Mitglieder – auch im Sinne gegenseitiger Solidarität – eine verantwortungsvolle Finanz- und Wirtschaftspolitik betreiben und andererseits die Europäische Zentralbank (EZB) mit ihrer Geldpolitik die Preisstabilität gewährleistet.

In den letzten zehn Jahren wurde die Stabilität der WWU jedoch nicht in erster Linie durch eine solide Fiskalpolitik, sondern ganz wesentlich durch die expansive Geldpolitik der EZB, durch Umschuldungen auf öffentliche Gläubiger wie den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und zunehmende Transferzahlungen erkaufte. Diese Maßnahmen sind weder nachhaltig noch fördern sie den Zusammenhalt der Mitglieder der WWU. Stattdessen werden durch sie letztlich die Fliehkräfte verstärkt, die den Zusammenhalt der EU gefährden und dem europäischen Projekt großen Schaden zufügen.

Die Bekämpfung der Pandemie hat dazu geführt, dass die bereits zuvor sehr hohe öffentliche Verschuldung im Euroraum auf rund 100 Prozent der Wirtschaftsleistung angestiegen ist. Eine Reduzierung der Defizite und Schuldenlasten ist daher dringend erforderlich, damit keine Zweifel an der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in der WWU entstehen. Zwar sollte nicht gegen die Krise angespart werden, denn eine solche Politik würde den Aufschwung gefährden. Es war richtig, in der Pandemie entschlossen und solidarisch zu handeln. Die Fortsetzung eines finanzpolitischen laissez faire auch nach dieser akuten Notsituation führt aber unweigerlich in die nächste Krise.

Die Überarbeitung des wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens sollte sich daher darauf konzentrieren, das komplizierte Regelwerk zu vereinfachen und seine Durchsetzung zu stärken. Dabei muss Verantwortung klar verteilt bleiben und der Weg für eine Rückkehr zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien geebnet werden. Eine Aufweichung der europäischen Fiskalregeln ist dagegen nicht der richtige Weg.

Ohne Zweifel scheint das Ziel einer Gesamtverschuldung unter 60 Prozent der Wirtschaftsleistung für manche Mitgliedstaaten im Zuge der Pandemie in weite Ferne gerückt. Das heißt aber nicht, dass es von vornherein unerreichbar ist. Von Überlegungen, die einst vereinbarten Anforderungen an eine solide Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten nachträglich „passend“ zu machen, sollte dringend Abstand genommen werden.

Auch sollte nicht vergessen werden: Es gibt keine „guten“ und „schlechten“ Schulden. Auch Schulden, die für Investitionen in Klimaschutz oder Digitalisierung aufgenommen werden, müssen irgendwann durch neue Kredite abgelöst bzw. endgültig getilgt werden. Dabei ist keinesfalls garantiert, dass die Zinsen auch in der langen Frist so niedrig bleiben wie heute. Auch die Finanzpolitik sollte den Prinzipien der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit genügen.

Wenn die oben skizzierten Grundsätze bei der Reform der EU-Fiskalregeln berücksichtigt werden, wird die WWU auf Dauer stabil bleiben und für die Menschen in der EU ein Erfolg sein.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Dezember 2021 (Vf. 65-VII-21) betreffend
 Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 der §§ 3, 4 Abs. 1 und 4, § 5 der Fünfzehnten Bayerischen
 Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (15. BayIfSMV) vom 23.
 November 2021 (BayMBI. Nr. 816, BayRS 2126-1-19-G)

PII - G1310.21-0026
 Drs. 18/19889 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. November 2021 (Vf. 58-VII-21) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. der § 17 Satz 2 Nr. 2 a und § 17 a Abs. 1 Satz 2 der Vierzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (14. BayIfSMV) vom 1. September 2021 (BayMBI. Nr. 615, BayRS 2126-1-18-G), die zuletzt durch Verordnung vom 15. November 2021 (BayMBI. Nr. 796) geändert worden ist,
 2. der §§ 3 bis 5 der Fünfzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (15. BayIfSMV) vom 23. November 2021 (BayMBI. Nr. 816, BayRS 2126-1-19-G)

PII-G1310.21-0025
Drs. 18/19890 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Europaangelegenheiten

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung COM(2021) 731 final
BR-Drs. 826/21
Drs. 18/19863, 18/19929 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt, Justiz und Grundrechte
 Zivilrechtliche Haftung – Anpassung der Haftungsregeln an das digitale Zeitalter und an die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz
 18.10.2021 - 10.01.2022
 Drs. 18/18919, 18/19934 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19934 veröffentlichte Stellungnahme ab.
 Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>				

5. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Wirtschaft, Finanzen und Euro
 Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung
 19.10.2021 - 31.12.2021
 Drs. 18/19377, 18/19932 (G) (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19932 veröffentlichte Stellungnahme ab.
 Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

6. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Bank- und Finanzdienstleistungen
 Rechtsakt zur Börsennotierung – Attraktivere öffentliche Kapitalmärkte
 für EU-Unternehmen und leichter Kapitalzugang für KMU
 19.11.2021 - 11.02.2022
 Drs. 18/19378, 18/19933 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19933
 veröffentlichte Stellungnahme ab.
 Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

7. Antrag der Abgeordneten Inge Aures,
Klaus Adelt, Florian Ritter u.a. SPD
Jobrad auch für Beamtinnen und Beamte ermöglichen
Drs. 18/14877, 18/19892 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A

8. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt,
Florian Ritter, Inge Aures u.a. SPD
Öffentlicher Raum für alle: Kommunen mehr Entscheidungsspielraum
bei Preisgestaltung für Bewohnerparkausweise ermöglichen
Drs. 18/15225, 18/19790 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A

9. Antrag der Abgeordneten Inge Aures,
Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD
Mehr wissenschaftliche Expertise:
Auch Bayern braucht eine Radprofessur
Drs. 18/17699, 18/19791 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Inge Aures,
Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD
Verkehrswende vorantreiben: Modellprojekt autofreie Innenstadt
Drs. 18/17709, 18/19792 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD
Bayerische Wälder schützen –
Feststellung fehlender Ausgleichsfläche in Allersberg
Drs. 18/18099, 18/19793 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD
Bayerische Wälder schützen – Standorte des geplanten ICE-Werks
Nürnberg für ungeeignet erklären
Drs. 18/18100, 18/19794 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD
Bayerische Wälder schützen – Kein ICE-Werk in Feucht I
Drs. 18/18101, 18/19795 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD
Bayerische Wälder schützen –Kein ICE-Werk in Feucht II
Drs. 18/18102, 18/19796 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr,
Margit Wild, Florian von Brunn u.a. SPD
Loben allein löst kein Problem –
A13 für alle Lehrkräfte und E6 für alle Verwaltungsangestellten
Drs. 18/18111, 18/19749 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser,
Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Harald Güller, Florian Ritter, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Finanzielle Mittel für die Berufseinstiegsbegleitung
dauerhaft bereitstellen
Drs. 18/18217, 18/19773 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Wolfgang Fackler, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Familienpolitische Teilzeit für Lehrkräfte
Drs. 18/18229, 18/19803 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

18. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Markus Bayerbach, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Brauereien entlasten – Umwelt schützen I:
Pfand für Mehrweg-Bierflaschen und Getränkekästen erhöhen
Drs. 18/18230, 18/19855 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Brauereien entlasten – Umwelt schützen II:
Biersteuer abschaffen! Pfand von der Mehrwertsteuer befreien!
Drs. 18/18231, 18/19350 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Eintrag von Trifluoressigsäure in bayerische Gewässer reduzieren!
Drs. 18/18377, 18/19775 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Unternehmen entlasten:
Lieferkettengesetze mit Positiv- und Negativlistenansatz ersetzen
Drs. 18/18479, 18/19786 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Michael Busch, Ruth Müller u.a. SPD
Finanzmittel für den Digitalbonus aufstocken
Drs. 18/18481, 18/19774 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Bächler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landtag über die jährliche Fortschreibung der Programme zur Förderung des kommunalen Straßen- und ÖPNV-Ausbaus informieren
Drs. 18/18507, 18/19798 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

27. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Pflegepotenzial-Monitoring in Bayern etablieren
Drs. 18/18673, 18/19799 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

28. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Ressourcenschutz I – Reparieren statt wegwerfen:
Reparaturbonus für Elektrogeräte
Drs. 18/18698, 18/19886 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Ressourcenschutz II – Reparatur einfach gestalten:
eine Plattform für alle Anliegen
Drs. 18/18699, 18/19562 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Ressourcenschutz III – Mehr Einsatz für Ressourcenschutz
auf allen politischen Ebenen
Drs. 18/18700, 18/19776 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Handlungsmöglichkeiten in Bayern jetzt ausschöpfen –
Steuerung der pflegerischen Infrastruktur vor Ort stärken
Drs. 18/18713, 18/19801 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Petra Guttenberger, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU Konzept „Bayern gegen Gewalt“ zielgruppenspezifisch und bedarfsgerecht weiterentwickeln
Drs. 18/18745, 18/19848 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne				

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

36. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD) Umwelt und Kulturlandschaft schützen – Atomausstieg verhindern!
Drs. 18/18766, 18/19784 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Lieferketten und Lebensmittelversorgung aufrechterhalten – Versorgung der Wirtschaft mit Ammoniak zur Harnstoff- und Düngemittelproduktion sicherstellen
Drs. 18/18828, 18/19785 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

38. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wie geht's der Gams in Bayern? – Regelmäßige Berichterstattung zur Gamsforschung in den bayerischen Alpen
Drs. 18/18933, 18/19751 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Walchenseekraftwerk: Bericht zu Heimfall
Drs. 18/18934, 18/19887 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerische Schweine im Auslauf – Ergebnisse des Sonderforschungsprojekts vorstellen, Empfehlungen umsetzen und Rechtssicherheit schaffen
Drs. 18/18935, 18/19752 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kulturlandschaftsprogramm 2023:
Ganze Vielfalt der Agroförstwirtschaft fördern
Drs. 18/18936, 18/19772 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Mode für den Müll ist nicht schick – für nachhaltigere Lösungen
statt „Fast Fashion“ in der Textilbranche
Drs. 18/18973, 18/19779 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Tierschutz in der Landwirtschaft ernst nehmen –
Brände in Ställen endlich erfassen!
Drs. 18/18977, 18/19753 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Zustand des Gamsbestands
Drs. 18/18978, 18/19754 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Behindertenhilfe nicht im Stich lassen – Förderungen sicherstellen
Drs. 18/18982, 18/19849 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

46. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Direktvermarktung stärken: Effektive Maßnahmen zur Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe in Zeiten von Corona ergreifen
Drs. 18/18988, 18/19755 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

47. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Forderungen des Umweltbundesamts auf den Prüfstand stellen: Jetzt eine Folgenabschätzung für die Landwirtschaft auf den Weg bringen
Drs. 18/18991, 18/19756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter –
jetzt die Weichen für 2026 richtigstellen
Drs. 18/18995, 18/19850 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne				

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

49. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Pariser Klimaabkommen aufkündigen – Zukunft sichern!
Drs. 18/18996, 18/19782 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

50. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Ute Eiling-Hütig, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Weibliche Genitalverstümmelung
Drs. 18/18999, 18/19851 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne				

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaschutz durch Moore endlich voranbringen –
Anhörung zur Moorschutzstrategie der Staatsregierung
Drs. 18/19196, 18/19870 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>